



Wortprotokoll

über die 25. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 20. April 2016

(öffentlich)

Oberbürgermeister	- - -
2. Bürgermeister	Schmid
3. Bürgermeisterin	Strobl
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Protokoll	Bock, Peisl, Frei, Strzelczyk

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Burkhardt, StRin Caim (BP), StR Dr. Dietrich, StRin Frank, StRin Grimm, StRin Kainz, StR Kuffer, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Pfeiler, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR Schlagbauer, StR Schmidbauer (BP), StR Seidl, StR Stadler, StR Straßer, StR Prof. Dr. Theiss, StR Zöllner;

SPD:

StRin Abele, StR Amlong, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StR Kaplan, StR Liebich, StR Lischka, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer, StRin Zurek;

Die Grünen - rosa liste:

StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Demirel, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StRin Nallinger, StR Niederbühl (RL), StR Dr. Roth, StR Utz;

Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung:

StR Dr. Heubisch (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff, StR Ranft (Piraten);

Bürgerliche Mitte -

BAYERNPARTEI/FREIE WÄHLER:

StR Altmann (BP), StRin Sabathil (FW), StR Dr. Assal (BP), StR Progl (BP);

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff;

ALFA:

StR Schmude, StR Wächter;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Blume-Beyerle
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StR	Dr. Küppers
Bfm. StR	Markwardt
Bfm. StRin	Meier
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Stadtschulrat	Schwepe
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz
i. V.	Jagusch
i. V.	Dichtl

Inhaltsverzeichnis

BM Schmid:.....	7
Wohnraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt München.....	7
Transparenzsetzung als Grundlage für das Open-Government.....	8
Einführung eines Kompetenzmanagements bei der Landeshauptstadt München.....	8
StR Altmann:.....	8
Strategische Personalplanung.....	9
StR Altmann:.....	9
Deutschkurse für Flüchtlinge - Sofortmaßnahme für dringendste Bedarfe.....	9
StR Wächter:.....	9
Pläne zur Tram-Nordtangente weiter verfolgen!.....	10
Israelitische Kultusgemeinde München.....	10
NS-Dokumentationszentrum.....	11
Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)- Gründung einer Qualifizierungsgesellschaft.....	11
StRin Wolf:.....	11
StR Dr. Mattar:.....	12
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	12
Keine Großgastronomie im Maxwerk!.....	13
BM Schmid:.....	13
StR Dr. Roth:.....	13
BM Schmid:.....	14
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	14
BM Schmid:.....	14
StR Dr. Roth:.....	14
BM Schmid:.....	15
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	15
StR Reissl:.....	15

BM Schmid:.....	16
Mehr Transparenz bei der Entwicklung der Mietnebenkosten.....	17
BM Schmid:.....	17
StR Offman:.....	17
StRin Wolf:.....	18
BM Schmid:.....	18
Veränderungen in den Ausschüssen und weiteren Gremien.....	19
StR Altmann:.....	19
StRin Wolf:.....	20
BM Schmid:.....	20
StR Podiuk:.....	20
StR Wächter:.....	21
BM Schmid:.....	21
StR Altmann:.....	21
StR Reissl:.....	22
StR Progl:.....	23
StR Dr. Heubisch:.....	23
BM Schmid:.....	23
StR Dr. Assal:.....	24
StRin Sabathil:.....	25
StR Dr. Mattar:.....	25
BM Schmid:.....	25
StR Dr. Assal:.....	25
StR Wächter:.....	26
Herr Dr. Glaser:.....	26
BM Schmid:.....	26
StR Wächter:.....	26
Herr Dr. Glaser:.....	27
BM Schmid:.....	27

StR Dr. Roth:.....	27
StR Wächter:.....	27
StR Progl:.....	28
BM Schmid:.....	28
Soziale Stadt 2015.....	30
Frau Dullinger-Oßwald, Vorsitzende des BA 17:.....	30
StR Danner:.....	31
StR Pretzl:.....	32
StRin Nallinger:.....	33
StR Amlong:.....	34
Frau Dullinger-Oßwald:.....	36
StR Pretzl:.....	36
StRin Nallinger:.....	37
BM Schmid:.....	38
Wahl des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München 2017.....	39
StR Dr. Mattar:.....	39
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2109.....	40
StR Kuffer:.....	40
StR Wächter:.....	40
StKM: Frauenherzen schlagen anders.....	41
StR Schmude:.....	41
StR Dr. Mittermaier:.....	41

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:12 Uhr

Vorsitz: BM Schmid

BM Schmid:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn der öffentlichen Sitzung darf ich mich zwei freudigen Ereignissen widmen! Das eine ist: Die Kollegin Dr. Söllner-Schaar hat Geburtstag. Ich darf im Namen des Plenums sehr herzlich gratulieren! - (Allgemeiner Beifall - StRin Demirel: Deswegen die kurze Tagesordnung!) - Ja, deswegen haben wir extra eine kurze Tagesordnung gemacht, obwohl es eigentlich gar nichts schöneres gibt, als den Geburtstag in der Vollversammlung zu verbringen. - (Heiterkeit) - Da hat man gleich eine Riesenparty, ohne dass man selbst etwas zahlen muss!

Außerdem ist unser Kollege Prof. Dr. Hans Theiss Vater geworden. Auch hier einen herzlichen Glückwunsch! - (Allgemeiner Beifall)

Wohnraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt München

Bericht zu Wohnungsleerständen zum 31.12.2015

Entwicklung der Wohnungsleerstände seit dem 01.04.2015

Aktensammlung Seite 3553

Beschluss:

Nach Antrag

**Transparenzsetzung als Grundlage für das Open-Government
Antrag Nr. 1125 von Die Grünen - rosa liste
vom 23.06.2015**

Aktensammlung Seite 3565

Beschluss (gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste):

Nach Antrag

Einführung eines Kompetenzmanagements bei der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 3577

Beschluss (gegen die Stimme von Bürgerliche Mitte - BP/FW und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Altmann:

Erklärung wie im Ausschuss.

Strategische Personalplanung

Erweiterung des dualen Studienangebots im Bereich der IT-Studiengänge - Etablierung eines neuen Studiengangs

Aktensammlung Seite 3579

Beschluss (gegen die Stimmen der Bürgerlichen Mitte - BP/FW):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Altmann:

Erklärung wie im Ausschuss.

Deutschkurse für Flüchtlinge - Sofortmaßnahme für dringendste Bedarfe

Aktensammlung Seite 3589

Beschluss (gegen die Stimmen von ALFA und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Wächter:

Erklärung wie im Ausschuss.

Pläne zur Tram-Nordtangente weiter verfolgen!
Antrag Nr. 1357 der Stadtratsmitglieder Amlong, Kaplan,
Dr. Mittermaier, Rieke und Röver vom 11.09.2015

Aktensammlung Seite 3595

Beschluss (gegen die Stimmen der CSU):

Nach Antrag

Israelitische Kultusgemeinde München
Freiwilliger Zuschuss zu den Ausgaben
für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für
pädagogische Einrichtungen im Jahr 2016

Aktensammlung Seite 3597

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**NS-Dokumentationszentrum
Fortführung der Gremienstruktur Kuratorium/
Politischer Beirat/Wissenschaftlicher Beirat**

Aktensammlung Seite 3605

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)- Gründung einer Qualifizierungsgesellschaft
Antrag Nr. 1953 von DIE LINKE. vom 21.03.2016**

Aktensammlung Seite 3621

StRin Wolf:

Wir haben das gestern lang und breit diskutiert. Ich wollte unseren Änderungsantrag zur Qualifizierungsgesellschaft noch einmal einbringen, der im Prinzip drei Punkte beinhaltet:

- Die Qualifizierungsgesellschaft wird Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband.
- Gehaltseinbußen unterbleiben dauerhaft.
- Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die früher bereits bei den Eigenbetrieben beschäftigt waren, erhalten ein Rückkehrrecht zur Stadt München.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE. wird gegen die Stimmen von DIE LINKE., ÖDP und BIA **abgelehnt**.

Beschluss (gegen die Stimmen von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, DIE LINKE. und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Erklärung wie im Ausschuss.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Aktensammlung Seite 3561 - 3628

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 2, 3, 5 - 7, 9, 13 - 16, 19, 26, 28 - 32, 34 und 38 werden **einstimmig beschlossen.**

Die Bekanntgaben zu den Tagesordnungspunkten B 8, 24, 25, 36 und 37 werden **zur Kenntnis genommen.**

Keine Großgastronomie im Maxwerk!**Dringlichkeitsantrag Nr. 2028 von Die Grünen - rosa liste
vom 19.04.2016**

Aktensammlung Seite 3629

BM Schmid:

Die Rechtsabteilung des Direktoriums hat die Dringlichkeit geprüft. Sie hat - insbesondere auch unter Beachtung der Begründung des Dringlichkeitsantrags von Die Grünen - rosa liste - keine Anhaltspunkte erkannt, warum der Stadt ein Nachteil widerfahren könnte, wenn sie die Angelegenheit heute nicht behandelt. Eine Dringlichkeit ist anhand der Begründungspunkte nicht im Ansatz erkennbar. Deshalb empfiehlt die Rechtsabteilung des Direktoriums, die Dringlichkeit abzulehnen. - (Zwischenruf) - Gibt es irgendwelche Gründe? - (Zwischenruf) - Es steht aber nichts drin!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Grund, warum wir hier einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, war: Uns haben Berichte erreicht - einerseits aus den Medien, andererseits aus dem zuständigen Bezirksausschuss -, dass es schon weitgehende Vereinbarungen zwischen den Stadtwerken und Augustiner gibt. Es bestehen Pläne, die im Antrag auf Vorbescheid vorgelegt werden. Letztes Jahr war bei der Rahmenplanung „Stadt am Fluss“ zwar von kleinräumiger Gastronomie die Rede, zum Beispiel am Maxwerk. Wie es dort hieß, sollten die Überlegungen aber insgesamt in den weiteren Prozess der Rahmenplanung eingebracht werden. Wir hatten daher Bedenken, ob nicht Fakten geschaffen werden, die nicht mehr reversibel sind, bevor wir eine weitere Vorlage zu der Rahmenplanung haben.

Wenn uns versichert wird, dass das nicht der Fall ist, dass wir zu einer Befassung im Stadtrat kommen, bevor irreversible Tatsachen entstehen, und uns vielleicht auch eine zeitliche Zielzahl genannt wird, würden wir den Antrag auf dringliche Behandlung natürlich zurückziehen. Wenn nicht, bestehen weiter Bedenken, dass Fakten geschaffen werden, die in Richtung Großgastronomie gehen und nicht mit dem ursprünglichen Antrag der Grünen sowie der Beschlussfassung zur Rahmenplanung mit kleinräumiger Gastronomie in Übereinstimmung zu bringen sind. Sie könnten deshalb auch dem Charakter des Landschaftsschutzgebietes widersprechen. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

BM Schmid:

Ich habe das bei den Stadtwerken extra noch einmal abgefragt. Dort besteht überhaupt kein Anlass zur Dringlichkeit. Es steht keine Vergabe oder so etwas unmittelbar bevor. Wir sind noch deutlich früher im Verfahren, so dass eine normale Behandlung im entsprechenden Ausschuss überhaupt keine Gefahr in sich birgt.

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Ich sehe auch keine Dringlichkeit gegeben. Es liegt ein Vorbescheidsantrag vor, mit dem wir uns gerade beschäftigen. Deswegen ist er auch dem Bezirksausschuss zugeleitet worden. Das ist aber ganz normal. Selbstverständlich werden wir den Antrag behandeln. Ich kann auch anbieten, dass wir im nächsten Ausschuss in der nächsten Woche einen kurzen mündlichen Sachstandsbericht geben. Den Beschluss schaffe ich nicht bis nächste Woche. Aber es ist aus unserer Sicht wirklich keine Dringlichkeit gegeben. Was Sie gerade inhaltlich gesagt haben, wissen wir ja. Dementsprechend bearbeiten wir auch diese Anträge.

BM Schmid:

Gut, dann haben wir jetzt die doppelseitige Auskunft, dass eine Dringlichkeit nicht gegeben ist. Sind Sie mit der normalen Behandlung einverstanden?

StR Dr. Roth:

Es geht bei der Dringlichkeit um zwei Dinge. Das eine ist die Befassung der LBK. Wenn das Planungsreferat uns versichert, dass vor einer Stadtratsbefassung keine Fakten über die Bewilligung eines Vorbescheids geschaffen werden, haben wir damit kein Problem.

Das Zweite ist - hier wundern wir uns ein bisschen über die Ausführungen des Bürgermeisters: Wir haben in den Medien gelesen, dass es ein Vergabeverfahren der Stadtwerke gab, das zu einer Vereinbarung mit Augustiner geführt hat. Unter dem Antrag auf Vorbescheid stehen Stadtwerke und Augustiner gemeinsam. Eine Auswahl, wer das machen soll und damit auch in welcher Dimension, scheint es schon zu geben. Darum habe ich nicht ganz verstanden, warum das ein so frühes Stadium sein soll.

Wir hörten davon, dass es sich um über 400 Plätze handelt, was nichts mit kleinräumiger Café-Gastronomie zu tun hat. Uns geht es nur darum, dass der Stadtrat die Möglichkeit hat, diese Pläne zu korrigieren, und er damit befasst wird, bevor irreversible Fakten geschaffen werden. So früh scheint es nicht zu sein. Wie gesagt: Die Medienberichte verweisen schon auf eine Vereinbarung

zwischen Stadtwerken und Augustiner. Wenn uns hier gesagt wird, wir als Stadtrat haben noch die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und die Dimension unter Umständen zu korrigieren, beharren wir nicht auf der Dringlichkeit. Das muss aber auf alle Fälle gesichert sein.

BM Schmid:

Ich präzisiere die Aussage noch einmal. Der Mietvertrag zwischen der Augustiner-Brauerei und den Stadtwerken ist geschlossen. Das ist mir gerade von dem hier anwesenden Vertreter der Stadtwerke gesagt worden. Damit ist dieser Punkt erledigt. Ansonsten hat Frau Prof. Dr. (I) Merk gerade ausgeführt, dass sie den Stadtrat schon in der nächsten Sitzung informieren wird. Für den Beschluss zum Antrag braucht sie noch etwas länger, sie wird diesen dann aber vorlegen. Also ist Ihrem Ansinnen Rechnung getragen. Es geht jetzt um den Vorbescheidsantrag und die Dimension. Dazu wird berichtet werden. - (Zwischenrufe - Unruhe)

StBRin Prof. Dr. (I) Merk:

Normalerweise ist ein Vorbescheid ein laufendes Geschäft der Verwaltung und nicht stadtratspflichtig. Jetzt haben Sie einen Antrag gestellt. Wenn es der Wunsch des Stadtrats ist, sage ich Ihnen zu, dass ich den Vorbescheid nicht auslaufen lassen werde, bevor eine entsprechende Befassung stattgefunden hat. - (Zwischenrufe) - Selbstverständlich! Ich werde diesen Beschluss wahrscheinlich nicht bis nächste Woche schaffen, aber ich kann im Ausschuss im Zusammenhang mit dem Rahmenplan inhaltlich kurz berichten, von was wir reden. Ist das okay? Mehr kann ich jetzt wirklich nicht sagen.

StR Reissl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine etwas ausgeweitete Debatte zur Dringlichkeit. Sie hat einen etwas ungewöhnlichen Verlauf genommen. Frau Prof. Dr. (I) Merk hat nicht direkt in Frageform, aber doch die Frage gestellt, ob es das Interesse des Stadtrats sei, dass das im Stadtrat behandelt wird. Wir haben dieses Interesse definitiv nicht!

- (StBRin Prof. Dr. (I) Merk: Darum habe ich die Frage gestellt!) - Und ich habe mich gemeldet, um sie zu beantworten. - (Zwischenrufe) - Es ist vollkommen eindeutig ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Es geht um den Vollzug des Bauordnungsrechts. Dann kommen sicherlich noch verschiedene andere Rechtsgebiete dazu, wie das Naturschutzrecht und was-weiß-ich alles. Aber wir fangen nicht an, bauordnungsrechtliche Fragen zur Behandlung in den Stadtrat hineinzuholen! Unser Interesse ist das nicht. Wir haben überhaupt nichts dagegen - das sollte auch durchaus eine Selbstverständlichkeit sein -, dass Frau Prof. Dr. (I) Merk im Ausschuss einen Bericht über den Stand gibt. Aber eine beschlussmäßige Behandlung erachten wir nicht als erforderlich.

BM Schmid:

Das fordert der Dringlichkeitsantrag von Die Grünen - rosa liste allerdings auch gar nicht. Er fordert ausdrücklich nur, dass die Pläne dargestellt werden. - (Zwischenrufe - StRin Demirel: Nein, wir wollen eine Befassung! - BMin Strobl: Dann müsst Ihr einen normalen Antrag stellen.) - Dieser Antrag ist anders formuliert, dort heißt es:

„Dem Stadtrat werden die Pläne von Augustiner und Stadtwerke München für eine Gastronomie im Maxwerk dargestellt.“

Das ist der Antragstext. - (Zwischenrufe - Unruhe - StR Dr. Mattar: Ich empfehle den Grünen, einen Dringlichkeitsantrag für den Planungsausschuss zu stellen!) - Das wollte ich auch sagen. Wir diskutieren schon sehr lange über die Frage der Dringlichkeit, und genau diese stelle ich jetzt zur Abstimmung. Wenn - was ich vermute - der Antrag mehrheitlich als nicht dringlich angesehen wird, fordere ich die Grünen auf, einen anderen Antrag für den Ausschuss zu stellen. Dann ist klar, was eigentlich gewollt ist. Damit ist die Debatte über die Dringlichkeit beendet.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit einstimmig **nicht zuerkannt**.

Mehr Transparenz bei der Entwicklung der Mietnebenkosten

Kostenentwicklung für das Jahr 2015

Antrag Nr. 1928 von StR Offman vom 01.09.2004

- Bekanntgabe -

Aktensammlung Seite 3549

BM Schmid:

Ich möchte nicht versäumen, 30 Studenten des Bachelor of Laws-Studiengangs auf der Galerie sehr herzlich zu begrüßen. Herzlich Willkommen! - (Anhaltender Beifall) - Die Bürgermeisterin meinte gerade, das sind eher Studentinnen. Ich kann aber mindestens sechs Männer erkennen. Männer sind halt langsam die Minderheit!

StR Offman:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Und ewig grüßt das Murmeltier! Inzwischen ist das die zwölfte Vorlage zur Transparenz der Mietnebenkosten. Ich danke der Verwaltung dafür, dass sie sich jedes Jahr diese Mühe macht. Ihnen gilt aber auch der Dank der Mieterinnen und Mieter, denn ein wesentliches Problem in unserer Stadt sind die hohen Mieten. Ein Teil der hohen Mieten sind natürlich die Nebenkosten.

Es gibt aus diesem Bericht heraus eine gute und eine schlechte Nachricht. Die schlechte Nachricht ist zunächst, dass sich in den letzten 20 Jahren - das wird dort ausgeführt - die Mieten verdoppelt haben. Auch die Kosten für Erdgas bzw. für Fernwärme haben sich verdoppelt. Gut ist, dass die Kosten für Abwasser in diesen 20 Jahren gleich geblieben sind, und relativ gut ist, dass die Wasserkosten nur um 70 % gestiegen ist. Insgesamt haben wir schon eine annähernde Verdoppelung der gesamten Nebenkosten.

Was gibt es für Gegenstrategien? Bei den Nettomieten haben wir jetzt die Mietpreisbremse. Wir versuchen auch, über eine Änderung des Mietspiegels - durch eine Verlängerung des Betrachtungszeitraumes - eine weitere Dämpfung herbeizuführen.

Die gute Nachricht ist - das ist auch ein Ergebnis daraus, dass man sich intensiv mit der Transparenz der Nebenkosten beschäftigt: In den letzten zwei, drei Jahren sind die Energiekosten nicht gestiegen. Die Kosten für Erdgas sind nicht gestiegen, die Fernwärme ist zum Teil gesenkt wor-

den. Die Wasserkosten sind nicht gestiegen. Das sind Kosten, die von der Landeshauptstadt München oder deren Töchter zu verantworten sind. Da sind wir auf der positiven Seite. Unser Ansinnen kann nur sein, dass sich das fortsetzt, denn wir konnten bisher noch nicht verhindern, dass die Nettomieten weiter massiv ansteigen. Heute muss bei einer Neuvermietung mit einer Nettomiete von 14, 15 oder 16 € gerechnet werden. Vielen Dank!

StRin Wolf:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich dem Ausspruch von Herrn Offman anschließen: Und jährlich grüßt das Murmeltier! Ich hätte eine Anregung, die auch ein bisschen Arbeit ersparen würde. Mit den Mieten in der Stadt beschäftigen wir uns - wie man in der Anlage sieht - jährlich über das Wohnungsmarktbarometer. Aus meiner Sicht wäre es ausreichend, wenn wir uns alle drei Jahre damit befassen, wie wir im Vergleich zu anderen Städten bei der Entwicklung der Nebenkosten liegen. Die Mietentwicklung beschäftigt uns im Planungsausschuss sowieso regelmäßig. Mein Vorschlag, um ein bisschen zu sparen - ab und zu habe ich auch Sparvorschläge! -, wäre: Es reicht, wenn wir uns im Jahr 2019 erneut mit der Entwicklung der Nebenkosten beschäftigen. Danke schön! - (Beifall von DIE LINKE.)

BM Schmid:

Das war sozusagen ein Änderungsantrag zur Bekanntgabe. - (Zwischenrufe) - Es war eine Empfehlung. Wir nehmen diese Empfehlung verwaltungsseitig auf und schauen, was wir machen. Ich glaube, ursprünglich war das ein Antrag vom Kollegen Offman, jährlich zu berichten. - (BMin Strobl: Ja!) - Jetzt gibt es die Empfehlung, das nur noch dreijährlich zu tun. - (Zuruf von StR Offman) - Zweijährlich, sagt der Kollege Offman. Das können wir gleich abklären. Wenn das konsensual ist, kann die Verwaltung das aufgreifen und wir machen es ab sofort zweijährlich. Ich sehe Nicken - oder zumindest sagt niemand etwas dagegen. Schweigen heißt jetzt Zustimmung! Dann nehmen wir es als Empfehlung mit, das zweijährlich vorzulegen. Herr Kotulek hat schon gesagt, er freut sich! - (Teilweise Heiterkeit)

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen**.

Veränderungen in den Ausschüssen und weiteren Gremien

Aktensammlung Seite 3551

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine historische Sitzung. Wir freuen uns, dass die Fraktion Bürgerliche Mitte - BP/FW gewachsen ist, was natürlich einigen hier im Raum nicht gefällt. Das ist mir klar. Damit müssen Sie alle leben. - (Zwischenrufe)

Ich will aber noch etwas zu der Vorlage ansprechen. Punkt 1 im Beschlussantrag ist klar und nachvollziehbar. Der ist in Ordnung. Daran können Sie auch nichts rütteln und ändern. Aber bei Punkt 2 fangen Sie an, Ihre Machtspielchen auszuleben. Das zeigt sich ganz deutlich. Ich habe schon des Öfteren gesagt, die Gemeindeordnung gibt diese Machtspielchen, die Sie hier betreiben, eigentlich gar nicht her. In der Gemeindeordnung steht ganz klar: In kommunalen Bereichen gibt es keine Kooperations- oder Koalitionspartner. Das ist dort nicht vorgesehen. Aber seit Jahrzehnten wird das so gemacht. Man hat das immer so gemacht und es immer mitgetragen.

Doch jetzt beginnt das Machtspielchen: Sie gehen her und benachteiligen eine kleinere Fraktion. Sie lassen sie nicht, wie es eigentlich vorgesehen ist, in den Gremien mitarbeiten. Sie schließen sie aus. Das kann man nicht hinnehmen. Sie schreiben in der Vorlage, sie hätten das 2014 beschlossen. Sie haben aber dann, obwohl Sie das 2014 so beschlossen haben, 2015 überhaupt keine Hemmungen und kein schlechtes Gewissen gehabt, sondern sofort alles aufgemacht, weil Sie unserer kleinen Fraktion dadurch alles wegnehmen konnten.

Jetzt ist es der umgekehrte Fall, jetzt müssten Sie uns wieder beteiligen. Dadurch, dass wir größer geworden sind, haben wir natürlich Anspruch auf mehrere Gremiensitze. Nun machen Sie es umgekehrt: Sie sagen: „Diesen Beschluss von 2014 kramen wir heraus, der hat auf einmal Gültigkeit, und jetzt machen wir nichts mehr auf!“ Das ist natürlich nicht nachvollziehbar. Wir werden es uns auch nicht gefallen lassen, dass Sie so mit uns umgehen. Ich kann mich erinnern, dass es 2014 vor allem auf Seiten der CSU geheißen hat: Wir wollen alle einbinden, alle sind aufgefordert, mitzuarbeiten usw. Das hat nicht lange Bestand gehabt. Das sehen wir jetzt. Es hat 2015 schon angefangen, und jetzt geht es weiter.

Wir werden den Punkt 2 ablehnen, wir werden diese Beschlussvorlage in Punkt 2 erst einmal bei der Regierung von Oberbayern überprüfen lassen und notfalls vor Gericht gehen. Danke! - (Beifall der Bürgerlichen Mitte - BP/FW)

StRin Wolf:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eigentlich nur eine kleine Korrektur für die Beschlussvorlage anbringen. ÖDP/DIE LINKE. verlieren den Sitz im Rechnungsprüfungsausschuss. Diesen Sitz habe ich wahrgenommen und nicht meine Kollegin Sonja Haider.

BM Schmid:

Ich trage vor, was sich jetzt ändert:

1.1 Im Rechnungsprüfungsausschuss wird Frau Brigitte Wolf abberufen und Herr Dr. Josef Assal berufen.

Es geht weiter mit dem Antrag der CSU:

1.2 Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss wird Frau Ulrike Grimm abberufen und Frau Katrin Habenschaden berufen.

1.4 In den Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft wird Herr Sebastian Schall berufen.

1.6 In den Gesundheitsausschuss wird Frau Ulrike Grimm berufen.

1.7 In den Sportausschuss wird Frau Heike Kainz berufen.

1.8 In den Verwaltungs- und Personalausschuss/IT-Ausschuss wird Frau Dr. Evelyn Menges berufen.

StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Kollege Altmann, es schadet manchmal nicht, in der Gemeindeordnung nachzuschauen. Ich weiß, die Bayernpartei hat es vielleicht nicht mehr nötig. Sie wird wachsen und wachsen. Wenn Ihr Ergebnis von 0,9 auf 1,0 % steigt, dann sind das 10 %.

Eines ist klar: Erstens: Die Umwandlung der Ausschüsse ist entsprechend der Gemeindeordnung erfolgt. Zweitens: Die übergetretenen Stadträte haben ihre Posten, ihre Aufsichtsratssitze weiterhin behalten. Drittens: Sie wollen allerdings noch mehr Posten. Sie wollen sich nicht mit dem zufriedengeben, was sie sowieso schon haben. Dieser Wunsch ist krachend gescheitert. Sie haben alle Posten behalten, die die übergetretenen Stadträte hatten. Einfach zu sagen, ich möchte noch mehr Posten, ist etwas zu wenig.

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Nachfrage an die Verwaltung. In der Vorlage steht, bei Veränderung des Stärkeverhältnisses im Stadtrat während der Wahlperiode findet keine Neuberechnung der Korreferatsgebiete und sonstiger Gremien statt. Unter sonstigen Gremien verstehe ich z. B. Beiräte und Aufsichtsräte bzw. alles, was sich unterhalb der Ausschüsse befindet.

Ich kann mich erinnern, dass wir bei unserem Austritt aus der AfD und dem Übertritt zur ALFA sowie bei der Aufhebung der Ausschussgemeinschaft mit der Bürgerlichen Mitte alle Sitze verloren haben. Meine Frage lautet nun: Hat man es sich jetzt anders überlegt? Handelt es sich jetzt um das gleiche Prozedere, oder ist jetzt eine Änderung eingetreten? Vielen Dank.

BM Schmid:

Jetzt bin ich gespannt auf die Erklärung von Herrn Altmann. Man behält die über die CSU gewonnenen Aufsichtsratssitze, fordert aber noch mehr. Das wird wirklich spannend.

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! So kennen wir es ja. Das sind parteipolitische Spielchen, aber diese muss man aushalten können.

Es könnte auch in der Zukunft noch weitere Änderungen geben. Diese müssen nicht unbedingt bei uns erfolgen, sondern können auch woanders auftreten. Sie schreiben in der Vorlage:

„Die Umsetzung der verschiedenen Gremien ist regelmäßig mit einem erheblichen Aufwand hinsichtlich der Berechnungen inklusive Verlosungen, Durchführung von Zugriffsverfahren, Abberufung und Neuberufung der betroffenen Stadtratsmitglieder verbunden.

Zudem ist zu bedenken, dass sich die 2014 entsandten Stadtratsmitglieder mittlerweile intensiv in ihre jeweiligen Aufgabengebiete eingearbeitet haben“

Wir bekommen immer wieder mit, wie viele Änderungen und Neubesetzungen innerhalb der Fraktionen stattfinden. Es ist also etwas von oben herab. Wir sehen es genauso, wie es Herr Podiuk gesagt hat: Die beiden Stadtratsmitglieder nehmen ihre Posten mit, aber es geht darum, dass man das Ganze auf rechtliche Füße stellt. Sie können nicht sagen, weil sie die Posten mitnehmen, geben wir ihnen die Sitze in den anderen Gremien nicht. Es müsste alles neu berechnet werden.

Wir wissen, dass es Sie in einigen Bereichen betrifft. Da machen Sie natürlich die Tür zu und nutzen die Gelegenheit, Ihre Mehrheit durchzusetzen. - (Zwischenruf: Wählerwillen!) - Ich kann mich an Ihre Oppositionsarbeit erinnern, als Sie Rot-Grün gerügt haben, wenn solche Spielchen gemacht wurden. Damals waren Sie die Ersten, die am Mikrofon standen und den Postenschacher kritisiert haben. Sie haben in der Zeit Ihrer Regierungsmehrheit nicht lange gebraucht, um sich in Ihrem Verhalten massiv zu steigern. Ich glaube, dass Sie die eine oder andere Seite mit Ihrer Vorgehensweise massiv überholen, und das machen wir nicht mit. Wir lassen es überprüfen.

StR Reissl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir halten es durchaus für rechtens, wie beantragt zu beschließen. Das beinhaltet, dass Posten, mit denen einzelne Mitglieder von der Gesamtheit des Stadtrates zu Beginn ihrer Amtszeit beauftragt wurden, bei diesen Personen bleiben. Das ist die Grundlage. Wir halten die Vorgehensweise für durchaus rechtens. Es ist nicht rechtswidrig. All das, was rechtlich erforderlich ist, nämlich die Neubesetzung von Ausschüssen, wird heute vollzogen.

Ich habe mich vor allem gemeldet, nachdem Herr Kollege Altmann das Stichwort des parteipolitischen Spielchens in die Debatte eingebracht hat. Kolleginnen und Kollegen, der gesamten heutigen Debatte liegt ein parteipolitisches Spielchen zugrunde! Was sonst ist es denn, wenn der Wille der Wählerinnen und Wähler von 2014 und damit die Zusammensetzung des Stadtrates in einer so eklatanten Weise verfälscht wird? Was soll das anderes sein, als ein parteipolitisches Spielchen? Es ist ein klassisches parteipolitisches Spielchen, um zu Sitzen im Stadtrat zu kommen! Ich weiß, es ist rechtmäßig, denn es handelt sich um gewählte Kolleginnen und Kollegen, trotzdem ist es nichts anderes als ein parteipolitisches Spielchen.

StR Progl:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Reissl, Ihren Beitrag muss ich gleich erwidern. Ich glaube, Sie haben das Prinzip der Kommunalwahl nicht verstanden. Es handelt sich - auch wenn die zu wählenden Personen nach Parteien gruppiert werden - um eine Persönlichkeitswahl. Bei Frau Caim und Herrn Dr. Assal ist durchaus zu erkennen, dass sie nicht nur über die Partei, sondern von sehr vielen Bürgern persönlich gewählt wurden.

Sie bringen das Argument, dass jene Personen, die derzeit in den Gremien sitzen, wunderbar eingearbeitet sind. Vor einem halben Jahr, als wir etwas verloren haben, ist uns sofort alles weggenommen worden. Waren die Kollegen vor einem halben Jahr noch nicht eingearbeitet?

StR Dr. Heubisch:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alexander Reissl, ich kann diese Meinung nicht teilen. Es geht nicht um eine Bundestagswahl, bei der die Fraktionen bezüglich ihrer Kandidaten ein Ranking aufstellen. Dann entscheidet der Wähler, wie viel Prozent eine Partei bekommt. Man kann keinen Kandidaten nach vorne wählen. Bei der bayerischen Landtagswahl ist es anders. Hier zählen Erst- und Zweitstimmen zusammen. Die Stadtratswahl ist viel volksnäher. Der Bürger hat das Recht, den Kandidaten seiner Wahl nach vorne zu bringen, indem er häufelt und panaschiert. Gerade in der Kommunalwahl wird der Wählerwille bezüglich der Kandidaten ganz deutlich. Auch bei meiner Person sieht man das ganz deutlich. Vielen Dank.

BM Schmid:

Ich möchte noch einige Sätze sagen:

Herr Kollege Reissl hat völlig recht. Wenn man die Stimmen, die jemand persönlich bekommt und auf sich häufelt, zusammenzählt, würde es in den Fällen der beiden ausgetretenen ehemaligen CSU-Stadtratsmitglieder nicht im Ansatz ausreichen, dass beide im Stadtrat sind. Nur durch das Listenkreuz bei der CSU sind die beiden in den Münchner Stadtrat gekommen. Dass sie sich auf der Liste nach oben oder unten bewegt haben, ist dem Persönlichkeitswahlrecht geschuldet. Wer meint, er bekomme allein aufgrund seiner Persönlichkeit so viele Stimmen, dass er dem Stadtrat angehört, der irrt. Das kann man rechnerisch nachweisen. - (Beifall)

Es gab nicht wenige Bürgerinnen und Bürger - das sind gar keine Parteimitglieder -, die an mich herangetreten sind und gefragt haben, warum die beiden ihr Mandat nicht zurückgeben. Dieses

wäre gerechtfertigt vor dem Hintergrund des Listenkreuzes. Man braucht bloß nachzurechnen. Aber man wird es bei den zukünftigen Wahlen sehen, und dann hat man einen Beweis.

Ich finde es spannend, wie Bezug auf die Persönlichkeitswahl genommen wird. Die Korreferenten und Verwaltungsbeiräte sind auch vom Stadtrat namentlich benannt und persönlich gewählt worden. Ich finde erstaunlich, wie das personalisierte Wahlrecht offensichtlich für die Bürgerliche Mitte kein Argument ist. Hier gibt es einen Widerspruch. Man müsste konsequent argumentieren und feststellen, dass dieser Stadtrat, der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und demokratisch legitimiert ist, am Anfang der Amtsperiode einzelne Persönlichkeiten mit den jeweiligen Posten be-
traut. Das soll jetzt nicht mehr gelten und nach einem Übertritt anders sein.

Wir haben zwei verschiedene Prinzipien. Es gibt einmal das Proporzsystem für die Besetzung in den Ausschüssen. Das ist in der Landkreisordnung ausführlich dargestellt. Dazu gibt es Ausführungen auf Seite 1 der Vorlage. Dann gibt es dieses personalisierte System, zu dem im Punkt 2 der Vorlage die Klarstellung vorgenommen wird.

Wenn Sie wollen, können Sie die Entscheidung anfechten. Dann werden wir sehen, was die Rechtsaufsichtsbehörde oder ein Verwaltungsgericht dazu sagen. Dann würde endgültig Klarheit herrschen. Die Haltung, die in der Vorlage zum Ausdruck kommt, ist juristisch wohl begründet.

StR Dr. Assal:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu meinem Fall muss ich klipp und klar Folgendes sagen: Die Partei hat signalisiert, sie braucht und will mich nicht mehr. Mit dem Listenplatz ist das dokumentiert. Ich bin dann aber doch gewählt worden, während die SPD Stimmen verloren hat - aus bestimmten Gründen, das Klinikum war wohl der bedeutendste Grund. Ich bin für die Wahl sehr dankbar, weil ich meine kommunalpolitische Arbeit fortsetzen kann. Ich habe Gespräche angeboten. Diese wurden abgelehnt. Das ist zweimal dokumentiert. Franz Maget wollte vermitteln. Er kam frustriert zu mir und sagte: „*Es tut mir leid, die wollen nicht mit Dir reden.*“ Was blieb mir anderes übrig, um weiterzuarbeiten und nicht als Einzelkämpfer dazustehen? Damals war ich noch SPD-Mitglied, und zwar gerne. Dann hat mir die Bürgerliche Mitte den Eintritt angeboten. Das habe ich wahrgenommen, und bin nun das vierte Mitglied. Damit sind wir eine Fraktion - eine wunderbare Fraktion übrigens.

Ich habe nicht das Gefühl, ein Mandat geklaut zu haben. Ich habe der SPD, die insgesamt verloren hat, sogar noch Stimmen gebracht. Dann kam der Fall vor das Schiedsgericht. Man hat ge-

sagt, Du kannst Dein Buch behalten, musst aber aus der Fraktion austreten. Danach habe ich das Buch herausgegeben, aber gesagt, dass ich meine Gesinnung nicht aufgeben. Nun kann ich meine kommunalpolitische Arbeit in der Bayernpartei fortsetzen. Wir bekommen Zulauf. Wir sind eine seriöse Alternative.

Sie werden weiterhin verlieren. Es gibt weitere frustrierte Stadträte, die in der GroKo sitzen. Der Sonnenkönig ist oben, die Vasallen sind unten. Am Montag ist Appell. Dann wird gesagt, wie abzustimmen ist. Eine politische Willensbildung ist in der Fraktion nicht möglich, sondern es geht nur noch um Mitteilung. Man kann nicht mehr arbeiten, also gibt es frustrierte Stadträte. In der CSU ist das Fraktionszimmer der Kerker. Viel Spaß beim Nichtstun! Pfua Gott!

StRin Sabathil:

Sehr verehrter Herr Sonnenkönig! Sie haben vorhin gesagt, die Aufsichtsratsposten können mitgenommen werden, weil sie ad personam vergeben worden sind. Dann frage ich mich allerdings, warum ich meinen Aufsichtsratsposten für das Volkstheater verloren habe, nachdem wir in der Ausschussgemeinschaft weniger wurden. Diesen Sitz hat jetzt die FTP. Ich neide es ihr nicht. Es ist eine rein sachliche Frage, warum wir nicht, da wir jetzt stärker geworden sind, das zurückbekommen, was wir verloren haben.

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hätte diese Debatte dem Stadtrat eigentlich gerne erspart. - (vereinzelt Beifall) - Dies hat aber die Stadtspitze verhindert, indem sie das Thema nicht im Ältestenrat angesprochen hat, wo es eigentlich hingehört. Das wundert mich schon sehr. Wir hatten am Freitag eine sehr kurze Sitzung, in der wir das hätten locker behandeln können. Ich hatte die Vorlage allerdings am Freitag noch nicht, sondern habe sie erst am Montag erhalten. Ich muss sagen, den Stil der Verwaltungsspitze finde ich nicht gerade geglückt.

BM Schmid:

Ich kann es nicht nachvollziehen. Das wissen wir jetzt auf die Schnelle nicht.

StR Dr. Assal:

Es kann ja sein, dass wir künftig noch weiteren Zuwachs aus dem Stadtrat bekommen. Es gibt durchaus Gründe, zur Bürgerlichen Mitte und zur Bayernpartei zu wechseln. Im Hinblick auf die Wahl 2020 könnte jemand das Gefühl haben, schon vorher ausgeschieden zu werden. Wenn wir

noch zwei weitere Mitglieder bekämen, könnte man dann immer noch am Aufsichtsratsposten festhalten?

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Auflösung unserer Ausschussgemeinschaft, haben Frau Sabathil und ich unsere Aufsichtsratsposten verloren. Die Frage ist: Haben wir heute ein anderes Prozedere als vor einem Jahr? Sie sagen, es sei juristisch wohl begründet, und die Aufsichtsratsposten hingen an den Mandatsträgern. Sie verfahren heute offensichtlich ganz anders als vor einem Jahr. Ich möchte von der Verwaltungsspitze Genaueres hören oder wissen, ob ich irgendetwas falsch verstehe.

Herr Dr. Glaser:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben 2015 in der Tat eine Neuberechnung sämtlicher Gremien vorgenommen. Das hat dazu geführt, dass einzelne Personen ihre Mitgliedschaft verloren haben. Es besteht immer noch die Möglichkeit, dass eine Fraktion sagt, ihr Vertreter soll weiterhin das Amt ausüben können. Das liegt an der Fraktion selbst. Wir haben letztes Jahr neu berechnet. - (Zwischenrufe) - Die Entscheidung liegt bei der entsendenden Fraktion. - (StRin Sabathil: Ich bin nicht gefragt worden! - Zwischenrufe)

BM Schmid:

Ich habe den Sachverhalt folgendermaßen verstanden: Wenn eine kleine Fraktion zerfällt - das war der Fall -, dann wird neu berechnet. Das führt tatsächlich dazu, dass sich bei den Aufsichtsratspositionen Veränderungen ergeben. Jemand, der auf dem „CSU-Ticket“ in den Aufsichtsrat kommt, kann nach dem Wechsel das Mandat behalten. Vielleicht ist der Vorschlag gut, dass man dieses Thema in Ruhe im Ältestenrat bespricht und die Vorgänge genau durchleuchtet. Aus meiner Sicht wird die Verfälschung des Wählerwillens immer größer.

StR Wächter:

Herr Dr. Glaser, Sie sagten gerade, die Fraktion hätte sagen können, dass der jeweilige Stadtrat sein Aufsichtsratsmandat behält. Uns hat gar keiner gefragt, ob wir das Mandat behalten wollen, können, sollen, dürfen oder müssen.

Ich schlage vor, dass man diese Vorlage im Ältestenrat bespricht und heute nicht beschließt.

Herr Dr. Glaser:

Ich wusste es nicht, aber der Bürgermeister hat es mir gerade gesagt: Als Frau Sabathil aus der CSU ausgetreten ist, hat sie ihr Aufsichtsratsmandat beim Volkstheater behalten. Damals stand der CSU das Benennungsrecht für diesen Sitz zu. Die CSU war damit einverstanden, dass Frau Sabathil dieses Mandat behält. Letztes Jahr haben wir aber neu berechnet. Dabei ist herausgekommen, dass die Bürgerliche Mitte diesen Sitz verliert und dieser an die Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung geht.

BM Schmid:

Soweit ich mich erinnern kann, hat Herr Altmann, als er aus der CSU ausgetreten ist, seinen Aufsichtsratsposten behalten. Ich glaube nicht, dass die CSU verzichtet hätte, wenn sie gewusst hätte, diesen Posten einfordern zu können. Wir reden ja jetzt immer darüber, was eigentlich durch das Wahlergebnis dargestellt wird.

Eines ist klar: Was in diesem Beschluss steht, dient in jedem Fall der Klarstellung und ist ein Fortschritt. Dass das Thema Aufsichtsratsposten im Ältestenrat besprochen werden sollte, hat Herr Dr. Mattar klargemacht. Der heutige Beschluss dient der Schließung einer Interpretationslücke von Gemeinde- sowie Landkreisordnung und ist hilfreich.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können uns zu großen Teilen den Worten von Herrn Dr. Mattar anschließen. Eine rechtlich so komplexe Sache mit Präzedenzfällen sollte in Ruhe im Ältestenrat besprochen werden, bevor wir zu einer Beschlussfassung im Stadtrat kommen. Bei einer kurzfristig zugeleiteten Vorlage ist eine Abstimmung schwierig.

Die Veränderungen in den Ausschüssen gemäß Punkt 1 der Vorlage sind in der Debatte gar nicht bestritten. Das können wir gern beschließen. Wir schließen uns dem Vorschlag von StR Dr. Mattar an, Punkt 2 im Ältestenrat zu besprechen. Das würde bedeuten, dass wir Punkt 1 beschließen und Punkt 2 vertagen, um eine Befassung im Ältestenrat herbeizuführen. Dieses beantrage ich auch.

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Punkt 2 heißt es: „Bei Veränderungen des Stärkeverhältnisses im Stadtrat während dieser Wahlperiode findet keine Neuberechnung der sonstigen Gremien statt.“ Daher meine Frage an unseren Hausjuristen: Vor einem

halben Jahr fand eine Neuberechnung statt. Ist das jetzige Vorgehen nur der Rache der CSU geschuldet, oder ist es juristisch bedingt?

StR Progl:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Wächter hat seine Frage schon selber beantwortet, wem das geschuldet ist. Die Sitze dieser Gremien werden nach dem Hare/Niemeyer-Proporzverfahren verteilt. In dem Moment, in dem sich die Stadtratsmehrheit ändert, stehen auch Änderungen an. Dann muss neu berechnet und neu verteilt werden. So war es bei der Auflösung der Ausschussgemeinschaft. Nach Hare/Niemeyer haben sich Änderungen im Proporz ergeben. Deshalb wird neu berechnet und neu vergeben. Jetzt ist es ebenfalls so. Bei den Beispielen, die Sie genannt haben, nämlich beim Übertritt der Kollegin Sabathil und des Kollegen Altmann, ergaben sich im Proporz keine Änderungen. Es war somit Eure Schuld, wenn Ihr ihnen in dem Fall diese Posten gelassen habt.

Jetzt ist es so, und das steht auch in jedem Beschluss: Die Vertretung der Landeshauptstadt in den verschiedenen Gremien wird nach dem Hare/Niemeyer-Proporzverfahren verteilt. Durch diese Übertritte ergeben sich Änderungen, weshalb die Verteilung berechnet und die Sitze neu verteilt werden. Sonst haben wir den Effekt, dass eine kleinere Fraktion wie die FTB oder eine noch kleinere Ausschussgemeinschaft, ÖDP und DIE LINKE., in den Gremien mehr Stimmengewicht hat als eine größere Fraktion wie die Bürgerliche Mitte - BP/FW. So kann es nicht sein. - (Beifall der Bürgerlichen Mitte - BP/FW)

BM Schmid:

Der Kollege Progl hat stellvertretend für Herrn Dr. Glaser geantwortet, warum damals neu berechnet wurde - (Heiterkeit) -: weil es für sechs bis zehn Sitze Neuberechnungen gab. Die Debatte hat sich erschöpft. Ich gehe davon aus, dass wir sie auf jeden Fall im Ältestenrat fortsetzen. Die Frage ist: wie? Die Grünen - rosa liste haben einen Vertagungsantrag zu Ziffer 2 gestellt.

Der Vertagungsantrag von Die Grünen - rosa liste zu Ziffer 2 des Antrags des Referenten wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, Bürgerliche Mitte - BP/FW, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ALFA und StR Richter **abgelehnt**.

Ziffer 1 des Antrags des Referenten wird unter Berücksichtigung der Mitteilung der CSU über die Abberufung und die Benennung von Stadträtinnen und Stadträten der CSU für die Gremien und Ausschüsse **einstimmig beschlossen**. (Siehe Anlage)

Ziffer 2 des Antrags des Referenten wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, Bürgerliche Mitte - BP/FW, Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, ALFA und StR Richter **beschlossen**.

Ziffer 3 des Antrags des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Soziale Stadt 2015**Stand der Umsetzung des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms****„Soziale Stadt“****Antrag Nr. 1494 von Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 27.10.2015**

Aktensammlung Seite 3555

Frau Dullinger-Oßwald, Vorsitzende des BA 17:

Grüß Gott, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte! Grüß Gott, Herr Bürgermeister Schmid und Frau Bürgermeisterin Strobl! Der Bezirksausschuss 17 freut sich über das großartige Wirken der „Sozialen Stadt“ in unserem Viertel, vor allem über die gute Zusammenarbeit der Verwaltung, der Politik und der Akteure vor Ort. Sie haben schon im Jahr 2005 den Lärmschutz am Mittleren Ring als eines der wichtigen Ziele festgesetzt. Es sind schon viele Anstrengungen für den Lärmschutz unternommen worden. Aber sie begrenzen sich derzeit auf Neu- und Umbauten von Häusern entlang der Straßen. Der Bezirksausschuss 17 ist sich parteiübergreifend einig, dass diese Straßen, selbst entlang des Mittleren Rings, so lärmindernd wie möglich umgestaltet werden müssen, damit weniger Dezibel auf die Mauern und Fenster prallen und die Abgasbelastung erträglicher wird. In unserem BA-Beschluss vom 12.04.2016 schlagen wir deshalb unter anderem folgende Maßnahmen für den Mittleren Ring, Abschnitt "Tegernseer Landstraße/ Chiemgaustraße" vor:

- lärmindernde Fahrbahnbeläge
- Tempo 50 km/h aus Gründen der Luftreinhaltung wie an der Landshuter Allee sowie
- eine daran angepasste Ampelschaltung

Außerdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass sich bereits im September 2015 erstmalig vier Bezirksausschüsse zusammenschlossen. Es war der BA 14 Berg am Laim, der BA 16 Ramersdorf - Perlach, der BA 18 Untergiesing - Harlaching und wir, der BA 17. Wir haben diesbezüglich einen gemeinsamen Antrag an Sie gestellt, aber darauf noch nicht einmal eine Reaktion erhalten. Das finde ich sehr schade, denn es war für die vier Bezirksausschüsse sehr viel Arbeit, sich zusammenzuschließen und einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Seit über zehn Jahren versuchen wir in Giesing, dem steigenden Verkehrsaufkommen Herr zu werden und ihn erträglich zu machen. Aber das Gegenteil ist eingetroffen.

Durch die Öffnung des Luise-Kiesselbach-Tunnels spitzt sich die Lage zu. Das meine ich sehr ernst. Jetzt brauchen wir eine verlässliche Stadt als Partner, die mit uns versucht, die Bevölkerung rund um den Mittleren Ring zu entlasten. Wenngleich wir wissen, dass ein Tunnel in unserem Gebiet in absehbarer Zeit nicht ansteht, sind Sofortmaßnahmen umso dringlicher, die die Lärm- und die Abgasbelastung vor Ort minimieren. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank! - (Beifall)

StR Danner:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau StBRin Prof. Dr. (I) Merk! Die Vorlage zeigt, das Projekt „Soziale Stadt“ ist ein Erfolgsprojekt. Deshalb wollen wir diesen Antrag unterstützen und die Projekte im 14., 16. und 17. Stadtbezirk weiter fortführen. Als gelungene Beispiele möchte ich das abgeschlossene Projekt Petuelring nennen, die Grünanlagen Weißenseepark und den Piusplatz. Das sind sehr gelungene Beispiele. Wir sind in der Planung des Scharfreiter/-Hohenschwangauplatzes, die wir mit der Fortsetzung des Projektes weiter fördern wollen.

Im Bereich Lärmschutzmaßnahmen ist uns einiges gut gelungen. Ich nenne das Beispiel Agfa-Gelände, wo die Abschirmung vieler Wohnungen zum Mittleren Ring, Abschnitt Tegernseer Landstraße, gut gelungen ist. Weitere Beispiele sind von der GWG und GEWOFAG am Mittleren Ring, die Lärmschutzverglasung des Baureferats am Innsbrucker Ring hin zum Piusplatz oder die Lärmschutzverglasungen der GEWOFAG an der Kreillerstraße und einiges mehr. Weitere Planungen zum Thema Lärmschutz gibt es für die Chiemgaustraße, den Neuschwansteinplatz oder von privater Seite an der Heckenstallerstraße. Das sind ermutigende und positive Beispiele, die ich hier nennen möchte.

Es sind Beispiele für jeweils angepasste Lösungsansätze. Sie bieten genügend Stoff für ein Hearing, das wir heute noch einmal einfordern wollen. Ein Hearing würde bedeuten, dass sich die Landeshauptstadt mit positiven, innovativen Beispielen präsentieren kann. Wir können aber sicherlich auch durch externe Referenten von anderen Städten weiter lernen. Wir können bei einem Hearing mit der Bauwirtschaft, mit der Bevölkerung, mit der architektonischen Fachbasis und mit anderen Kommunen kommunizieren.

Lärmschutz ist in dieser Stadt ein dringendes Problem, insbesondere nachdem wir uns für die Innenentwicklung und für die Nachverdichtung entschieden haben. Das drängendste Problem besteht unseres Erachtens an der Tegernseer Landstraße. In diesem Zusammenhang möchte ich auf

die Vorlage des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 06. April 2016 verweisen. Ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören. Das Planungsreferat schreibt auf Seite 2:

„Im Bereich der Tegernseer Landstraße dagegen haben sich alle Maßnahmen, oberirdische wie unterirdische, aus Platzgründen nur unter großen Schwierigkeiten und hohem Kosteneinsatz oder als gar nicht umsetzbar erwiesen. Dazu kommt, dass auch mit einer Tunnellösung keine nennenswerten städtebaulichen Gewinne an der Oberfläche geschaffen werden können und auch keine nennenswerten verkehrlichen Kapazitätsverbesserungen.“ - Das steht in der Vorlage, die von allen unwidersprochen zur Kenntnis genommen wurde! - *„Im Gegenteil: Der Knotenpunkt an der Grünwalder Straße wird sich durch einen Tunnel an der Tegernseer Landstraße nochmals weiter verschlechtern ...“*

Mit dieser Aussage des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, die, wie gesagt, von Ihnen unwidersprochen zur Kenntnis genommen wurde, bitten wir die Stadträtinnen und Stadträte gegenüber der Bevölkerung ehrlich zu sein und klar zum Ausdruck zu bringen: Es wird keinen Tunnel an der Tegernseer Landstraße geben. Aus diesem Grund müssen wir - das sehen wir als unsere Pflicht an -, zügig in Maßnahmen an der Oberfläche zugunsten der dort lebenden Bevölkerung einsteigen.

Aus diesem Grund haben wir in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung einen Änderungsantrag eingebracht. Er hängt als letzte Anlage der gestern versandten Vorlage an. Wir möchten ihn noch ergänzen um den Antrag auf ein Hearing zum Thema Lärmschutz an stark befahrenen Straßen in der Stadt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der Grünen - rosa liste)

StR Pretzl:

Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Danner, es ist schon erstaunlich, wie man sich innerhalb von zwei Minuten selber so widersprechen kann. Sie zitieren aus dem Gutachten, dass weder oberirdische noch unterirdische Maßnahmen - diese nur mit hohem Kostenaufwand und so weiter - realisierbar sind, und schließen daraus, dass sie auf die unterirdischen komplett verzichten und nur oberirdische Maßnahmen realisieren wollen, obwohl Sie gerade zitiert haben, diese könnten nur mit einem hohen Kostenaufwand und ohne großen Effekt realisiert werden. Das ist doch schizophoren, lieber Herr Kollege, das müssen Sie doch selber merken! - (Beifall der CSU) -

Ich finde, es ist an Zynismus fast nicht zu überbieten, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, es gibt keine wirkliche Lösung, die Leute müssen eben mit dem Verkehr leben. Wir haben an der Tegernseer Landstraße die am zweitstärksten befahrene Stelle nach der Donnersbergerbrücke. Der Lärm und die Abgase strahlen weit in die Wohnviertel hinein. Die Bezirksausschüsse bemühen sich seit Jahren, eine Lösung zu finden. Die Lösung ist im Idealfall ein Tunnel. Wir wissen selber, dass er teuer wird und schwierig zu planen ist. Das sage ich ganz deutlich. Was das Planungsreferat bisher vorgelegt hat, sind Pläne, die dazu dienen, den Tunnel zu vermeiden.

Von privaten Architekturbüros gibt es aber wunderbare Ideen, wie man den Tunnel so gestalten kann, dass sich die Situation an der Grünwalder Straße/Tegernseer Landstraße löst. Es gibt eine wunderbare Lösung mit der Abbiegespur in die Chiemgauer Straße und - das ist Zukunftsmusik - in den Stadtbezirk 16 hinein. Aber sich hier hinzustellen und für die Tegernseer Landstraße oberirdische Maßnahmen zu fordern? Ich war bereits 1996 im Bezirksausschuss. Schon damals sind die Grundrisse umgedreht und Schallschutzfenster installiert worden. Was wollen Sie noch mehr oberirdisch machen? Wollen Sie zwei Meter vor den Fenstern der Leute eine Wand bauen? Wollen Sie eine Lärmschutzwand bauen, damit die Leute nicht mehr aus dem Haus heraussehen können? Sie sollten sich einmal mit den Vertretern der Grünen vor Ort in Verbindung setzen, zumindest mit denen vom Bezirksausschuss 18. - (Unruhe und Zurufe) - Hören Sie zu! Ich habe gesagt, reden Sie mit Ihren Kollegen im Bezirksausschuss 18. Dort ist nämlich ein größeres Verständnis als in Ihrer eigenen Partei für den Tunnel vorhanden. Wir werden die Tunnelpläne zum Schutz der Münchnerinnen und Münchner an der Stelle definitiv nicht aufgeben und nicht mit einer wachweichen Lösung, die keinem etwas bringt, viel Geld für irgendwelche oberirdische Maßnahmen verplempern.

Vielen Dank. - (Beifall von der rechten Seite des Hauses)

StRin Nallinger:

Herr Pretzl, ich war über Ihren Beitrag etwas verwirrt. Wir haben das Thema in diversen Ausschüssen gehabt, auch im Umweltausschuss. Sich hinzustellen und so zu tun, als wenn sich in Obergiesing in absehbarer Zeit oder in den nächsten 10 oder 20 Jahren irgendetwas an der Verkehrssituation verbessern würde, wenn wir keine oberirdischen Maßnahmen ergreifen, finde ich schon unverschämt. - (Beifall der Grünen - rosa Liste - StR Pretzl: Das habe ich nie gesagt!) - Die Pläne dieser GroKo sind bekannt, dass nämlich zunächst einmal Neuhausen mit Maßnahmen bedacht werden soll. Die Obergiesinger wissen, was das bedeutet. Deswegen gibt es dort im Bezirksausschuss einen einstimmigen Beschluss aller Fraktionen, dass oberirdische Maßnahmen ergriffen werden

sollen. - (StR Pretzl: Nennen Sie sie doch einmal!) - Sich hier hinzustellen und zu sagen, dass oberirdische Maßnahmen nichts bringen, das ist für mich eine Kapitulation. Zu sagen, wir machen nichts, finde ich eine Unverschämtheit. Für mich ist das eine Kapitulation.

Wir Grünen unterstützen den Bezirksausschuss. Wir sind für eine Verstetigung des Verkehrs. Das heißt, dass die Geschwindigkeiten auf dem Mittleren Ring möglichst gleich gehalten werden. Im Brudermühltunnel und danach beträgt das Tempo 50 km/h. Wir haben gesagt, zu einer Verstetigung des Verkehrs fordern wir ein kontinuierliches Tempo 50 km/h. Selbstverständlich sollen auch lärmarme Beläge in Obergiesing aufgebracht werden, damit die Bewohnerinnen und Bewohner wenigstens etwas Linderung erfahren, denn wir wissen, dass in den nächsten 10, 20 Jahren nichts passiert. Ich hoffe, dass wir die Zustimmung im Stadtrat bekommen. Die Menschen vor Ort wünschen das zurecht. Wir Grüne unterstützen sie auf jeden Fall. - (Beifall der Grünen - rosa liste)

StR Amlong:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Kurze Tagesordnungen in der Vollversammlung des Stadtrats bedingen offensichtlich, dass man Debatten zu Themen führt, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Die Thematik, die auf der Tagesordnung steht, ist die Verstetigung des Programms „Soziale Stadt“. Deswegen gab es im Vorfeld auch bei der Abstimmung mit den Bezirksausschüssen keine entsprechenden Bemerkungen, die die hiesige Debatte widerspiegeln. Die Vorlage ist eine sehr gute, wichtige und richtige. Wir sind weiterhin bereit, einerseits investive Maßnahmen zur Quartiersvernetzung und -stärkung zu schaffen und andererseits soziale Entwicklungsmaßnahmen mit dem Bund-Länder-Programm zu fördern, und zwar mit einem höheren Anteil an städtischen Mitteln, als wir Zuschüsse erhalten.

Ich will aber trotzdem etwas zu der Debatte sagen. Wahrscheinlich ist das geschäftsordnungswidrig, aber dann hätte der Bürgermeister schon längst einschreiten müssen, wenn wir hier eine Debatte zu der Frage "Tunnel - ja oder nein?" führen, die so nicht auf der Tagesordnung steht. - (BM Schmid: Der Bürgermeister ist sehr liberal!) - Ich versuche, mich kurz zu fassen.

Wir haben uns bei der Frage der Tunneldiskussion in diesem Hause nach langen Debatten darauf verständigt, welche weiteren Untersuchungen durch das Planungsreferat erforderlich sind. Wir wissen alle, dass der Tunnel an der Tegernseer Landstraße, den wir uns zur Entlastung der Anwohner und zur Verbesserung des Verkehrsflusses wünschen würden, unter Umweltgesichtspunkten, städtebaulichen Gesichtspunkten und verkehrlichen Gesichtspunkten leider der teuerste von allen in Rede stehenden Projekten ist. Er ist technisch der komplizierteste und zumindest nach derzeitigem

Untersuchungsstand auch derjenige, der verkehrlich am wenigsten Entlastungseffekte bringt. Trotzdem haben wir wegen all der Vorteile in großer Einmütigkeit gesagt, wir wollen, dass diese Studien weiter vertieft werden. Ich habe im Stadtrat keinen gehört, auch nicht von der Fraktion Die Grünen - rosa liste, der sich für eine Aufhebung dieses Beschlusses ausgesprochen hat; denn eine fundierte Tatsachenermittlung ist unseres Erachtens schon erforderlich, bevor man endgültige Entscheidungen trifft.

Zu der Frage, was man in der Zwischenzeit machen kann: Es stimmt, falls ein Tunnel kommt, den wir trotz all der schwerwiegenden Probleme politisch für richtig halten, wird die Realisierung - ich bin jetzt ganz vorsichtig - nicht innerhalb der nächsten zehn Jahre in ein mittleres Realisierungsstadium gelangt sein. Wir sprechen also davon, dass die Anwohner/innen vor Ort noch mehr als ein Jahrzehnt mit einer oberirdischen Verkehrsführung werden leben müssen, und zwar mit all den Nachteilen und leider auch mit einer Zunahme des Verkehrs. Es ist jedenfalls nicht die Haltung der SPD und kein Petikum, all diese erforderlichen Untersuchungen aufzuschieben bis zur Klärung, ob und wann der Tunnel kommt. Es ist richtig, weiterhin zu versuchen, die Belastungen, mit denen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort schon viel zu lange kämpfen, weiter abzumildern.

Wir haben bereits Erfolge vorzuweisen, auch wenn es trotzdem noch eine hohe Belastung gibt. Es gibt die Lückenschlüsse in den Bebauungen mit den Verglasungen zu den Innenhöfen, die innen eine bessere Aufenthaltsmöglichkeit schaffen. Es gibt das Lärmschutzfensterprogramm, an dem sich viele Eigentümer beteiligt haben. Wir haben versucht, sämtliche Maßnahmen, die heute zur Verbesserung der Luftqualität und zur Minimierung von Schadstoffen bekannt sind, umzusetzen. Aber das bedeutet nicht, dass wir damit stehenbleiben. Das Baureferat wird uns demnächst wieder mit der Frage befassen: Welche Untersuchungsergebnisse haben wir zum Thema Flüsterasphalt? Wie stehen wir da? Was bringt das? Selbstverständlich werden wir sagen - ich getraue mich, für Sie alle zu sprechen -: Wenn es dort gute Ergebnisse geben sollte, wird das ein Schritt sein, den wir in die weitere Debatte einbringen werden.

Selbstverständlich können wir darüber reden, ob wir zum Beispiel an der Candidbrücke bestehende Lärmschutzwände - ich spreche von den grünlich getönten, die Sie alle kennen - weiterziehen in Richtung der Bebauung des Osram-Geländes. Auch dort wird eine Entlastung eintreten. Natürlich werden wir auch durch das KVR prüfen lassen, ob ein Springen zwischen 50 km/h und 60 km/h tatsächlich richtig ist. Wir sind uns auch einig, dass wir einen möglichst flüssigen Verkehr mit möglichst wenig Emissionen wollen. Auch diesen Punkt werden wir angehen.

Von daher finde ich es etwas schade; denn wir müssen nicht gegenseitig den Versuch unternehmen, uns zu profilieren. Die Konzepte liegen auf der Hand und werden von den beteiligten Referaten, dem Planungsreferat, dem Kreisverwaltungsreferat und dem Baureferat angegangen. Jetzt ist mein Wortbeitrag leider doch lang geworden zu einem Thema, das nicht auf der Tagesordnung steht. - (Heiterkeit - Vereinzelt Beifall der SPD)

Frau Dullinger-Oßwald:

Entschuldigen Sie, aber ich möchte noch einmal betonen, es geht uns nicht um die Frage „Tunnel oder nicht?“. Diese Frage ist im Moment nicht relevant. Es geht uns darum, dass die Menschen entlang dieser Straßen in den nächsten 10, 15 Jahren geschützt werden. Es sind 250.000 Menschen, die das tagtäglich ertragen müssen. Ich bitte Sie! Machen Sie etwas! Unternehmen Sie etwas! Das steht schon so lange an. - (Beifall)

StR Pretzl:

Liebe Frau Dullinger-Oßwald, die Tunneldebatte hat allein Ihr Parteikollege Danner in die Diskussion gebracht, indem er uns aufgefordert hat, die Tunnelpläne endgültig zu beenden. Dem musste entschieden widersprochen werden. Um eines klar zu machen: Natürlich wehren wir uns von der CSU-Fraktion nicht dagegen, dass man einen Flüsterasphalt verlegt, wenn es etwas bringt, oder man die Lärmschutzwand verlängert. Das sehe ich allerdings kritisch, weil es ein Platzproblem ist. Aber wir sperren uns in keinsten Weise dagegen, auch nicht gegen die Umsetzung weiterer Maßnahmen, die die Stadtverwaltung vielleicht noch findet, um die 250.000 Menschen endlich wirksam von dem Lärm und den Abgasen zu entlasten. Aber es muss doch vollkommen klar sein, dass das minimale Tropfen auf einen sehr heißen Stein sind und eine wirkliche Entlastung an dieser Stelle mit Maßnahmen an der Oberfläche nicht realisierbar ist. Wenn Sie wirksame Vorschläge für oberirdische Maßnahmen haben, damit die Menschen nachts und tagsüber ihr Fenster öffnen können und frische Luft bekommen, dann schlagen Sie sie mir bitte vor. Aber alles, was hier diskutiert und angeregt wird, bringt ein kleines bisschen etwas. Deswegen sollten wir das auch tun.

Ich möchte aber noch einmal nachdrücklich dafür werben, dass der Tunnel trotz aller technischen Schwierigkeiten die einzige Lösung ist, die für eine viertel Million Bürgerrinnen und Bürger dieser Stadt eine Verbesserung der Lebensqualität bedeutet. Ich werbe deshalb intensiv für diesen Tunnel. Vielleicht würde es die Debatte ausufern lassen, aber ich frage die Grünen, warum dieser Tunnel so bekämpft wird. Es ist kein Tunnel für den Autoverkehr. Überhaupt nicht. Dem Autoverkehr ist es vollkommen egal, ob er unterirdisch oder oberirdisch durchrollt. Dieser Tunnel ist ein Tunnel, um eine viertel Million Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nachhaltig vor Lärm und Abgasen zu

schützen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Ich weiß, dass es lange dauert. - (Zuruf von Frau Dullinger-Oßwald) - Haben Sie mir zugehört? Ich habe doch gesagt, ich bin nicht dagegen, dass wir alles machen, was wir jetzt machen können. Aber ich glaube, dass es Tropfen auf einen sehr heißen Stein sein werden, die wir nicht lassen, eine echte Entlastung jedoch nur durch einen Tunnel möglich ist. Wir werden auch an der Oberfläche eine deutliche Verbesserung bekommen. Herr Kollege Danner, lassen Sie uns doch gemeinsam diese Studie abwarten und uns dann darüber streiten, ob und wie wir diesen Tunnel realisieren können. Aber Sie von der Fraktion Die Grünen - rosa liste haben uns heute aufgefordert, die Tunnelpläne zu beerdigen, und das ist mit der CSU definitiv nicht zu machen.

Danke. - (Beifall der CSU) -

StRin Nallinger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte den Eindruck, dass etwas Verwirrung besteht und wir über verschiedene Tagesordnungspunkte reden. Deswegen kurz zur Klarstellung: Wir hatten am Dienstag in der letzten Woche in der Sitzung des Umweltausschusses das Thema „Maßnahmen am Mittleren Ring in Obergiesing“, und zwar Sofortmaßnahmen. Unisono wurden die Sofortmaßnahmen, die man jetzt schon umsetzen kann, nämlich eine Verstetigung des Verkehrs, was sehr wichtig ist... - (Zuruf von StR Pretzl) - Bei der Vorlage wurde über den Dauerschallpegel gesprochen und darüber, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht viel bringt. Am Dienstag haben wir darüber gesprochen, dass das nicht die relevante Größe ist. Die relevante Größe sind die Spitzen, die durch den Beschleunigungsvorgang entstehen.

Deswegen haben wir Grünen im Umweltausschuss den Vorstoß der Bezirksausschüsse unterstützt und gesagt: Lasst uns doch bitte an dieser Stelle am Mittleren Ring die Geschwindigkeit verstetigen, sodass wir nicht vor diesem Abschnitt Tempo 50 km/h, in dem Abschnitt Tempo 60 km/h und danach wieder Tempo 50 km/h haben. Leider haben wir da keine Unterstützung erfahren, ebenso wenig dafür, die Bevölkerung gezielt anzuschreiben, dass es dieses Schallschutzfensterprogramm der Stadt gibt. Das Einzige, wozu wir uns durchringen konnten, war, weiter auf die Ergebnisse zu warten. Ich weiß nicht, wie lange das Baureferat daran schon arbeitet und was die verschiedenen lärmarmen Beläge bewirken.

Das war das Einzige, worauf wir uns verständigen konnten. Ich finde das ein bisschen wenig angesichts einer Wohnbevölkerung, die seit Jahren Lärm- und Luftbelastung ausgelastet ist. Vielen Dank. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste - Zwischenruf von StR Danner)

BM Schmid:

Der schriftliche Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird mündlich ergänzt um den Antrag auf Durchführung eines Hearings zum Thema Lärmschutz.

Der mündlich ergänzte Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste aus dem Ausschuss wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, Die Linke und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Wahl des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München 2017

Aktensammlung Seite 3559

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir entscheiden heute über den bisherigen Ausländerbeirat, der jetzt neu Migrationsbeirat heißen soll. Es ist sicherlich vernünftig, dass wir ihn in Zukunft so nennen.

Uns als FDP, HUT und Piraten geht es darum, dass dieser Migrationsbeirat eine breite Legitimation hat. Wir hatten bei der letzten Ausländerbeiratswahl eine Wahlbeteiligung von 6,2 %. Das war eine Riesenenttäuschung. Alle hatten wir damals gehofft, dass die Wahlbeteiligung steigt, aber in Wahrheit ist sie deutlich gesunken. Unser Bestreben ist, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Das schaffen wir mit dem jetzigen Verfahren nicht. Wenn alle angeschrieben werden und die Möglichkeit bekommen, an einem Tag im Januar 2017 ihre Stimme abzugeben oder Briefwahl-Unterlagen anzufordern, wird es wieder eine verheerend niedrige Wahlbeteiligung geben.

Deshalb haben wir vorgeschlagen, eine reine Briefwahl durchzuführen. Das würde ich heute gerne noch einmal zur Abstimmung stellen. Es bedeutet, dass jeder Wahlberechtigte die Briefwahlunterlagen nach Hause geschickt bekommt und damit per Briefwahl gleich abstimmen kann. Bei der IHK und bei der Seniorenbeiratswahl hat das zu höheren Wahlbeteiligungen geführt. Bei der Seniorenbeiratswahl haben wir eine Wahlbeteiligung von über 20 %. Wenn wir dies beim neuen Migrationsbeirat erreichen, wäre das ein Riesenfortschritt. Dass dieses Verfahren ein bisschen mehr Geld kostet, schreckt mich nicht ab. Unser Antrag lautet also, eine reine Briefwahl durchzuführen und allen Wahlberechtigten die Briefwahl-Unterlagen nach Hause zu schicken. Vielen Dank.

Der mündliche Änderungsantrag von StR Dr. Mattar wird gegen die Stimmen von FTB, Bürgerliche Mitte - BP/FW und ALFA **abgelehnt**.

Der Antrag der Referenten wird gegen die Stimmen von Bürgerliche Mitte - BP/FW und BIA **beschlossen**.

**Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2109
Appenzeller Straße (beiderseits), Forst-Kasten-Allee (südlich),
Graubündener Straße (westlich), Bellinzonastraße (beiderseits),
Neurieder Straße (nördlich), Stadtgrenze (östlich)
Antrag Nr. 1780 der ALFA vom 16.02.2016**

Aktensammlung Seite 3593

StR Kuffer:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht die Ausschuss-Debatte wiederholen, sondern nur den Teil unseres ursprünglichen Änderungsantrages noch einmal zur Abstimmung stellen, der im Ausschuss keine Mehrheit gefunden hat. Der Antrag liegt auch schriftlich vor. Vielen Dank.

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir waren bei der Ausschusssitzung nicht dabei. Für uns kommt in der Vorlage zu wenig Bürgerbeteiligung vor, und uns fehlt ein Hinweis darauf, um was für eine Diskussion es sich gehandelt hat. Es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, und wir haben den Antrag gestellt, einen Runden Tisch einzuführen. Ich verstehe nicht, warum man die Anwohner nicht mit einbindet. Deswegen stellen wir unseren Antrag noch einmal zur Abstimmung, diesen Runden Tisch einzuführen. Vielen Dank.

Der mündliche Änderungsantrag von ALFA wird gegen die Stimmen von ALFA und BIA **abgelehnt**.

Der beiliegende Änderungsantrag der CSU wird gegen die Stimmen von CSU und ALFA **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

StKM: Frauenherzen schlagen anders

- Gender-Medizin als Angebot im Städtischen Klinikum

**Antrag Nr. 4588 der Stadträtinnen Renner, Dr. Ingrid Anker und
Boesser vom 20.08.2013**

Aktensammlung Seite 3617

StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier wird kein Geld ausgegeben, deshalb fasse ich mich kurz. Zwischen den Zeilen kann man in der Vorlage lesen, dass bei all diesen Bestrebungen nicht so sehr die medizinische Sinnhaftigkeit, sondern linke Ideologie im Vordergrund steht. Deswegen fordern wir dazu auf, diese Stoßrichtung nicht weiter zu verfolgen. Danke schön.

StR Dr. Mittermaier:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse, dass es in der Diagnostik und in der Behandlung bei verschiedenen Geschlechtern sehr wohl einen Unterschied gibt. Das war der Grund des Antrags, und deshalb werden wir Ihren Vorschlag, Herr Schmude, ablehnen. Danke. - (Beifall der SPD)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von ALFA und BIA **beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 10:58 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 20. April 2016

S c h m i d

2. Bürgermeister

der Landeshauptstadt München

Protokoll